

Salus publica suprema lex

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

zwei Gedanken möchte ich in den Mittelpunkt dieses Editorials stellen:

Zum einen konnten wir in diesem Jahr den 60. Geburtstag des Grundgesetzes feiern, der, wie Angela Merkel sagte, „besten Verfassung, die Deutschland je hatte“. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben die richtigen Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik und der NS-Herrschaft gezogen und die Würde des Menschen an den Anfang des Grundgesetzes gestellt. Bereits 164 Jahre zuvor hatte Immanuel Kant in seiner „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ die Achtung vor jedem anderen Menschen und seiner Würde zum objektiven Gesetz erhoben.

Zum anderen war und ist in diesem Krisenjahr viel die Rede vom Gemeinwohl. Schon Cicero erklärte die „salus publica“ zum höchsten Gesetz. Jean-Jacques Rousseau stellt in seinem Gesellschaftsvertrag das Gemeinwohl (volonté générale) in den Mittelpunkt staatlichen Handelns.

Das permanente Ringen um das Gemeinwohl ist ein Wesensmerkmal jeder Form von Politik, auch der Standespolitik. Der Wettstreit der Meinungen und die Suche nach der besten Lösung sind der Normalzustand.

Doch trotz noch so intensiver politischer und standespolitischer Diskussionen dürfen die Bereitschaft zum Kompromiss und die Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden nie verloren gehen. Standespolitik ist kein Selbstzweck. Der Standespolitiker trägt ein hohes Maß an Verantwortung. Vor jeder Entscheidung muss er sich fragen: Was ist hier und jetzt meine Pflicht? Was habe ich zu tun, wenn verschiedene Interessen kollidieren? Haben die Interessen Einzelner Vorrang oder die des gesamten Berufsstandes?

Die bayerischen Vertragszahnärzte waren in den letzten Jahren vor allem deshalb stark, weil sie geschlossen aufgetreten sind. Standespolitische Diskussionen wurden geführt, ohne sie in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ermöglichte uns, viele Forderungen gegenüber den Krankenkassen und dem Gesetzgeber durchzusetzen.

Die Rahmenbedingungen für unseren Berufsstand sind nicht leichter geworden. Die Krankenkassen



Dr. Martin Reißig
Stv. Vorsitzender
des Vorstandes der KZVB

sind derzeit mit sich selbst und der Beobachtung ihrer Konkurrenz beschäftigt. Die ärztlichen Kollegen verstricken sich in Flügelkämpfe und lassen sich immer mehr auseinanderdividieren. Wir Zahnärzte dagegen werden (noch) als geschlossene Einheit wahrgenommen. Darum beneiden uns die Humanmediziner. Es sind jedoch erste Tendenzen erkennbar, dass diese Geschlossenheit angesichts der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen (sowohl für die KZVB als auch für die BLZK) aufgeweicht werden soll. Darin haben wir in der Vergangenheit wahrlich große Erfahrungen sammeln können!

Doch standespolitische Diskussionen und das legitime Ringen um die besten Konzepte dürfen auf keinen Fall zu persönlichen Angriffen führen, die einzelne Personen beschädigen und in ihrer Würde verletzen. Ein solches Verhalten würde nicht nur dem Ansehen des gesamten Berufsstandes schaden, es widerspricht auch dem Menschenbild der Aufklärung und des Grundgesetzes. Unter Angriffen jenseits der „political correctness“ haben wir letztlich alle zu leiden. Zurück in die standespolitische Vergangenheit – das kann niemand wollen. Die „salus publica“ muss auch in Wahlkampfzeiten im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Sie muss allen Standespolitikern Auftrag und Verpflichtung sein.

Ihr. Martin Reißig